



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Konzernverantwortungsinitiative – Konsequenzen für die Rechnungslegung

Pfaff, Dieter

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-190882>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Pfaff, Dieter (2020). Konzernverantwortungsinitiative – Konsequenzen für die Rechnungslegung. Rechnungswesen und Controlling, (3):11-15.

Konzernverantwortungsinitiative – Konsequenzen für die Rechnungslegung

Im Folgenden wird geprüft, welche Konsequenzen bei Annahme der Konzernverantwortungsinitiative für die Rechnungslegung, insbesondere für die Bildung von Rückstellungen, aber auch für den Anhang (Angabe einer Eventualverbindlichkeit) und Lagebericht, zu erwarten sind.



Dieter Pfaff

Hintergrund

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen: zum Schutz von Mensch und Umwelt» (kurz: Konzernverantwortungsinitiative) beinhaltet für Schweizer Konzerne eine Pflicht zur Sorgfaltsprüfung. Konzerne müssten bei Annahme der Initiative und entsprechender gesetzlicher

Umsetzung überprüfen, ob durch ihre Tätigkeiten im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards verletzt werden, entsprechend handeln und darüber berichten. Würden die Konzerne ihre Sorgfaltsprüfungspflicht missachten, könnten sie gemäss Initiativtext in der Schweiz für ihre schädlichen Handlungen belangt werden.

Die Sorgfaltsprüfung erstreckt sich auf alle Geschäftstätigkeiten und die Lieferkette. Die Haftung gilt nur für vom Konzern kontrollierte Unternehmen – insbesondere Tochtergesellschaften – im Ausland. Die Initiative bezieht sich auf die 2011 in der UNO einstimmig angenommenen Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Bei einer Haftungsklage beurteilt ein Schweizer Richter, ob der Konzern hiezulande seine Pflichten erfüllt hat.

Aus Rechnungslegungssicht stellt sich die Frage, ob bei Annahme der Initiative und entsprechender Änderung der Bundesverfassung Konsequenzen für die Rechnungslegung, insbesondere für die Bildung von Rückstellungen, aber auch für den Anhang (Angabe einer Eventualverbindlichkeit) und Lagebericht, zu erwarten sind.

Wortlaut der Konzernverantwortungsinitiative

Gemäss Initiativtext soll die Bundesverfassung wie folgt geändert werden:

Art. 101a Verantwortung von Unternehmen

¹ Der Bund trifft Massnahmen zur Stärkung der Respektierung der Menschenrechte und der Umwelt durch die Wirtschaft.

² Das Gesetz regelt die Pflichten der Unternehmen mit satzungsmässigem Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz nach folgenden Grundsätzen:

a. Die Unternehmen haben auch im Ausland die international anerkannten Menschenrechte sowie die internationalen Umweltstandards zu respektieren; sie haben dafür zu sorgen, dass die international anerkannten Menschenrechte und die internationalen Umweltstandards auch von den durch sie kontrollierten Unternehmen respektiert werden; ob ein Unternehmen ein anderes kontrolliert, bestimmt sich nach den tatsächlichen Verhältnissen; eine Kontrolle kann faktisch auch durch wirtschaftliche Machtausübung erfolgen;

b. Die Unternehmen sind zu einer angemessenen Sorgfaltsprüfung verpflichtet; sie sind namentlich verpflichtet, die tatsächlichen und potenziellen Auswirkungen auf die international anerkannten Menschenrechte und die Umwelt zu ermitteln, geeignete Massnahmen zur Verhütung von Verletzungen international anerkannter Menschenrechte und internationaler Umweltstandards zu ergreifen, bestehende Verletzungen zu beenden und Rechenschaft über ergriffene Massnahmen abzulegen; diese Pflichten gelten in Bezug auf kontrollierte Unternehmen sowie auf sämtliche Geschäftsbeziehungen; der Umfang dieser Sorgfaltsprüfungen ist abhängig von den Risiken in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt; bei der Regelung der Sorgfaltsprüfungspflicht nimmt der Gesetzgeber Rücksicht auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen, die geringe derartige Risiken aufweisen;

c. Die Unternehmen haften auch für den Schaden, den durch sie kontrollierte Unternehmen aufgrund der Verletzung von international anerkannten Menschenrechten oder internationalen Umweltstandards in Ausübung ihrer geschäftlichen Verrichtung verursacht haben; sie haften dann nicht nach dieser Bestimmung, wenn sie beweisen, dass sie alle gebotene Sorgfalt gemäss Buchstabe b angewendet haben, um den Schaden zu verhüten, oder dass der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt eingetreten wäre;

d. Die gestützt auf die Grundsätze nach den Buchstaben a–c erlassenen Bestimmungen gelten unabhängig vom durch das internationale Privatrecht bezeichneten Recht.

Einschätzung der Konsequenzen für die Rechnungslegung

Grundsätzlich sind Konsequenzen für die Bilanz und Erfolgsrechnung (Bildung von Rückstellungen), den Anhang (Eventualverbindlichkeit) sowie den Lagebericht (Nachhaltigkeitsberichterstattung und Risikobeurteilung) denkbar.

Bildung von Rückstellungen (insbes. für Schadenersatzforderungen)

Wer ein Unternehmen kontrolliert, soll diese Kontrolle auch zur Verhinderung von Verletzungen von international anerkannten Menschenrechten und Umweltstandards ausüben. Deshalb verlangt die Initiative eine Haftung eines Schweizer Konzerns für Schäden, die von ihm kontrollierte Unternehmen (typischerweise Tochterunternehmen) im Ausland verursachen. Da die Geschäftsherrenhaftung im Obligationenrecht (Art. 55 OR) diesen Vorgaben am nächsten kommt, ist der Initiativtext dieser Bestimmung nachgebildet. Es handelt sich demnach um eine zivilrechtliche Haftung. Hat eine Tochterfirma eines Schweizer Konzerns die Menschenrechte verletzt, können die Opfer die Mutterfirma in der Schweiz auf Schadenersatz verklagen. Die Geschädigten müssen dazu vor Gericht den erlittenen Schaden, dessen Widerrechtlichkeit und einen adäquaten Kausalzusammenhang beweisen können. Wenn dies gelingt, haben Konzerne noch die Möglichkeit, sich aus der Haftung zu befreien: falls sie nachweisen können, dass sie alle geforderte Sorgfalt angewendet haben, um diesen konkreten Schaden zu vermeiden. Auch dieser Mechanismus ist der Geschäftsherrenhaftung nachgebildet und findet sich auch in anderen Schweizer Haftungsnormen wieder.

«Rückstellungen sind zu erfassen, wenn das Unternehmen aufgrund von Ereignissen in der Vergangenheit davon ausgeht, dass ein Mittelabfluss in Zukunft eintreten wird, dieser Mittelabfluss jedoch in zeitlicher oder in betragsmässiger Hinsicht mit Unsicherheiten behaftet ist. Je

nach Grad der Unsicherheit ergeben sich unterschiedliche Behandlungen in der Jahresrechnung. Sind Gläubiger, Betrag und Fälligkeit bekannt, handelt es sich um eine Verbindlichkeit, welche als solche in die Bilanz einzusetzen ist (s. Art. 959 Abs. 5). Ist das Eintreten der Verpflichtung wenig wahrscheinlich oder kann der Betrag des erwarteten Mittelabflusses unmöglich geschätzt werden, so handelt es sich um eine Eventualverbindlichkeit. Diese ist einzig im Anhang auszuweisen (Art. 959c Abs. 2 Ziff. 10). «Dazwischen» liegen bildlich gesprochen die Rückstellungen.» (Stenz, veb.ch Praxiskommentar, Art. 960e N 13). Die Bildung einer Verbindlichkeit kommt folglich erst dann in Frage, wenn eine konkrete Schadenersatzforderung (i. d. R. nach erfolgreicher Klage) vorliegt und damit Gläubiger und Betrag bekannt sind. Die Bildung einer Eventualverbindlichkeit wird weiter unten geprüft.

Die Leistungsverpflichtung gegenüber Dritten kann eine zivilrechtliche, öffentlichrechtliche oder faktische Grundlage haben (Ballwieser, Münchener Kommentar, § 249 N 11). Im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative wird vor allem eine zivilrechtliche Haftung in Frage kommen. An eine faktische Verpflichtung (z.B. Schadenersatz ohne rechtliche Grundlage) wird man aus Objektivierungsgründen hohe Anforderungen stellen müssen (Ballwieser, Münchener Kommentar, § 249 N 11). Die entscheidende Frage dabei ist, ob der Konzern den Schaden auch tatsächlich begleichen will.

Zur Beurteilung, ob die Pflicht zur Bildung einer Rückstellung vorliegt, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein (vgl. Stenz, veb.ch Praxiskommentar, Art. 960e N 15; Ballwieser, Münchener Kommentar, § 249 N 14 ff.):

- Zukünftiger Mittelabfluss;
- Ereignis der Vergangenheit;
- Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses.

Zukünftiger Mittelabfluss

Die Verpflichtung muss einen Aufwandsüberschuss generieren, was bedeutet, dass die Verpflichtung nicht durch erwartete Vermögenszugänge überkompensiert werden darf (vgl. Ballwieser, Münchener Kommentar, § 249 N 14). Bei Annahme und rechtlicher Umsetzung der Konzernverantwortungsinitiative dürfte das Kriterium des Vorliegens eines Aufwandsüberschusses regelmässig erfüllt sein.

Ereignis der Vergangenheit

Das verpflichtende Ereignis muss in der Vergangenheit liegen, also bis zum Bilanzstichtag eintreten. Typische Beispiele sind das Vorliegen eines Rechtsstreits, Garantieverpflichtungen oder Steuernachzahlungen. «Es ist das ursächliche Ereignis relevant und nicht das Ereignis, welches zur Erkenntnis führt, dass ggf. eine Verpflichtung besteht.

Erhält das Unternehmen erst nach dem Bilanzstichtag eine Mängelrüge von einem Kunden für eine Lieferung, die noch im Berichtsjahr erfolgte, so ist der Verkauf des Produktes das relevante Ereignis und nicht der Erhalt der Mängelrüge.» (Stenz, veb.ch Praxiskommentar, Art. 960e N 16).

Daraus darf aber nicht der Schluss gezogen werden, dass allein die Existenz von Tochtergesellschaften in Ländern, in denen eine Kontrolle zur Verhinderung der Verletzung von international anerkannten Menschenrechten und Umweltstandards schwierig ist, zur zwangsweisen Bildung von Rückstellungen führt. So hat das Bundesgericht in einem Urteil zur Vorteilsgewährung an den Chef der Abteilung Asset Management der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich den Sachverhalt wie folgt beurteilt (s. BGer. 2C_102/2018, E. 5.4.2): «Wer über juristische Personen abgewickelten Rechtsgeschäften kriminelle Machenschaften zugrunde legt, der kennt diese Machenschaften und geht naturgemäss entweder davon aus, dass diese gar nicht kriminell sind, oder aber, dass sie nie ans Tageslicht kommen werden. Zu verlangen, dass die betroffene Gesellschaft Rückstellungen für im Zusammenhang mit solchen Geschäften drohende strafrechtliche Einziehungs- und/oder zivilrechtliche Ersatzforderungen bildet, ginge offensichtlich zu weit; mit der Rückstellungsbildung würde allenfalls die Aufmerksamkeit Dritter erweckt und das Risiko der Entdeckung erheblich erhöht. Wie das Steuerrekursgericht zutreffend ausführte, ist es in solchen Konstellationen daher geradezu systemimmanent, dass sich ein Rückstellungsbedarf erst durch ein Ereignis von aussen – hier die Eröffnung des Strafverfahrens – ergibt.»

Im Klartext bedeutet dies, dass das über Tochtergesellschaften im Ausland generierte Risiko von Menschenrechts- und Umweltverletzungen allein (noch) nicht zur Bildung einer Rückstellung berechtigt. Notwendig ist vielmehr die mit hinreichender Sicherheit (Wahrscheinlichkeit) erwartete oder tatsächliche Eröffnung eines entsprechenden Strafverfahrens. Diese Eröffnung stellt dann allerdings kein rückstellungsbegründendes, sondern ein wertauflösendes Ereignis dar: Die mangelnde Kontrolle zur Verhinderung der Verletzung von Menschenrechts- und Umweltbelangen war bereits vorher gegeben und berechtigt zur Rückstellungsbildung im betroffenen Jahr; diesen Schluss legt zumindest das Bundesgerichtsurteil von 2018 zum BVK-Fall nahe: «Das ändert indessen nichts daran, dass die entsprechenden Erträge von Anfang an mit dem Risiko der Entdeckung und damit auch jenem einer allfälligen strafrechtlichen Einziehung und/oder zivilrechtlichen Ersatzforderungen belastet sind. Wird nach dem Bilanzstichtag ein Strafverfahren eröffnet, so liegt darin keine neue rechtsgestaltende Tatsache für die Entstehung der entsprechenden Verpflichtungen, sondern konkretisiert sich lediglich das bereits vorher bestehende, den auf kriminellen Machenschaften beruhenden Erträgen innewohnen-

de Risiko (vgl. ebenso im Ergebnis Urteil des deutschen Bundesfinanzhofs vom 2. Oktober 1992 [BStBl 1993 II S. 153], wo es um von einem heilpädagogischen Kinderheim in Rechnung gestellte erheblich überhöhte Regelsätze ging, welche bei einer Prüfung durch das Landessozialamt entdeckt wurden). Die Eröffnung von Strafverfahren gegen den Chef der Abteilung Asset Management der BVK sowie gegen den Gründer und Verwaltungsrat der Beschwerdeführerin stellt daher entgegen der Auffassung der Vorinstanzen eine wertauflösende Tatsache dar, welche spätestens bei Abnahme der Jahresrechnung 2009 am 7. Dezember 2010 hätte beachtet und durch Bildung einer entsprechenden Rückstellung berücksichtigt werden müssen.» (BGer. 2C_102/2018, E. 5.4.2).

Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses

Eine Rückstellung ist zu bilden, wenn vergangene Ereignisse einen zukünftigen Mittelabfluss erwarten lassen; in diesem Fall sind die «voraussichtlich erforderlichen Rückstellungen zulasten der Erfolgsrechnung» zu bilden (Art. 960e Abs. 2). Wie der notwendige Betrag der Rückstellung zu ermitteln ist, bleibt im Gesetz offen. Nach Stenz sollte die Rückstellung so objektiv wie möglich auf Basis des wirtschaftlichen Risikos berechnet werden und dabei dem Erwartungswert der zukünftigen Mittelabflüsse entsprechen (Stenz, veb.ch Praxiskommentar, Art. 960e N 22 f.).

<p>ZERTIFIKATSLEHRGANG</p> <p>NPO Rechnungslegung, Besteuerung und Organisation</p> <p>Daten: 4. November / 11. November 25. November 2020</p> <p>Aus dem Inhalt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechnungslegung/Rechnungsvorschriften im Überblick • Gestaltung der Jahresrechnung für NPO • Was muss im Anhang offengelegt werden? • Welche Entschädigungen müssen publiziert werden? • Wie stellt man die Kapitalveränderungsrechnung richtig dar? • Wie kann ein effizientes Controlling bei einer NPO eingeführt werden? 	
	<p>Kursort: veb.ch, Talacker 34, Zürich</p>
	<p>Preis: CHF 2550 inkl. MWST</p>
	<p>Informationen und Anmeldung: www.veb.ch/Seminare und Lehrgänge oder info@veb.ch</p>

Nach Böckli (OR-Rechnungslegung, N 1025) ist bei einer Wahrscheinlichkeit zwischen 25% und 75% der Betrag des befürchteten Mittelabflusses zu erfassen. Nur für wenig wahrscheinliche Fälle dürfte eine blosser Offenlegung als Eventualverbindlichkeit sinnvoll sein (siehe unten). Eine Gruppenbewertung auf Basis gewichteter Eintrittswahrscheinlichkeiten dürfte im Fall der mangelnden Kontrolle zur Verhinderung von Menschenrechts- und Umweltverletzungen ebenfalls nicht in Frage kommen; stattdessen ist von einer Einzelbewertung der Risiken in den einzelnen Tochtergesellschaften auszugehen.

Angabe einer Eventualverbindlichkeit im Anhang

Gemäss Art. 959c Abs. 2 Ziff. 10 sind «rechtliche oder tatsächliche Verpflichtungen, bei denen ein Mittelabfluss entweder als unwahrscheinlich erscheint oder in der Höhe nicht verlässlich geschätzt werden kann» im Anhang anzugeben, sofern sie nicht bereits aus der Bilanz oder der Erfolgsrechnung ersichtlich sind. Nach Böckli (OR-Rechnungslegung, N 1025) kommen Eventualverbindlichkeiten bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit des Ereignisses bis unter 25% in Frage. Bei Stenz (veb.ch Praxiskommentar, Art. 960e N 34) sind im Anhang offenzulegende Eventualverbindlichkeiten «sehr selten und basieren in aller Regel auf einem Spezialereignis».

Dennoch könnte gerade die bei Umsetzung der Konzernverantwortungsinitiative grundsätzlich drohende Haftung eines Schweizer Konzerns für Schäden, die von ihm kontrollierte Unternehmen (typischerweise Tochterunternehmen) im Ausland verursachen, ein möglicher Anwendungsfall sein. Kessler/Pfaff (veb.ch Praxiskommentar, Art. 959c N 79) nennen als Beispiel explizit «Rechtsstreitigkeiten und Prozessrisiken, z.B. eine noch nicht bezifferte oder nur vage begründete Schadenersatzforderung». Allerdings ist zu beachten, dass zwingend eine Rückstellung vorzunehmen ist, sobald ein Mittelabfluss ernstlich droht.

Auch wenn der Gesetzgeber keine konkreten Detaillierungsvorgaben macht, ist für jede Klasse von Eventualverbindlichkeiten zumindest Folgendes anzugeben (Kessler/Pfaff, veb.ch Praxiskommentar, Art. 959c N 80):

- Kurze Beschreibung der Art (z.B. bei Rechtsstreitigkeiten: Streitgegenstand, Streitwert, klagende Partei);
- Schätzung der finanziellen Auswirkung;
- Hinweis auf Unsicherheiten hinsichtlich des Betrags oder der Fälligkeit des Abflusses;
- Gründe, warum die Verpflichtung nicht als Rückstellung erfasst wurde.

Sollten sich allfällige Haftungsklagen aber bereits abzeichnen, empfiehlt sich unbedingt die Bildung einer Rückstellung (siehe oben). Eine Eventualverbindlichkeit kommt daher am ehesten in Frage, wenn Hinweise nur

zur allgemeinen Natur von Haftungsrisiken aus einer sich noch nicht manifestierten Verletzung von Menschen- oder Umweltrechten gemacht werden sollen. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob Erläuterungen im Lagebericht den Sachverhalt nicht angemessener abbilden können.

Angaben im Lagebericht

«Der Lagebericht stellt den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage des Unternehmens sowie gegebenenfalls des Konzerns am Ende des Geschäftsjahres [...] dar.» (Art. 961c Abs. 1). Gemäss Auslegung sind Ausführungen u.a. zu den folgenden beiden Themenbereichen Bestandteil des Lageberichts (Glanz/Pfaff, veb.ch Praxiskommentar, Art. 961c N 37):

- Personal und Soziales: Zusammensetzung der Mitarbeitenden nach verschiedenen Kriterien; Fluktuation; Zusammensetzung des Personalaufwands; berufliche Vorsorge und Sozialleistungen; Entwicklung bei der Aus- und Weiterbildung; Gesundheitsschutz;
- Nachhaltigkeit: Umweltschutzmassnahmen; einschlägiger Aufwand; Umweltrisiken; Nachhaltigkeitspolitik; ggf. Rahmenkonzept.

Beide Sachbereiche eignen sich bestens, um auf Massnahmen und Konzepte einzugehen, die der Erlangung einer zweckmässigen Sicherheit zur Erreichung der Umwelt- und Menschenrechtsziele dienen und somit geeignet sind, Haftungsrisiken aus Menschenrechts- oder Umweltverletzungen angemessen zu beschränken.

«Nach der EU-Richtlinie deckt mittlerweile die sog. nicht-finanzielle Erklärung auch Nachhaltigkeitsaspekte ab, so dass dort bislang freiwillig erstellte Nachhaltigkeitsberichte in die Lageberichte integriert werden können. Von den 50 Schweizer Unternehmen mit der höchsten Marktkapitalisierung publizieren heute die allermeisten freiwillig einen Nachhaltigkeitsbericht.» (Glanz/Pfaff, veb.ch Praxiskommentar, Art. 961c N 71). Daher eignet sich auch die nicht-finanzielle Berichterstattung eines Konzerns hervorragend, um Risiken, Steuerungs- und Kontrollaktivitäten sowie das Monitoring in Bezug auf die Verhinderung von Menschenrechts- und Umweltverletzungen zu erläutern.

Fazit

1. Die Bildung einer Verbindlichkeit kommt erst dann in Frage, wenn sich konkrete Haftungsklagen abzeichnen. Dass Konzerne bereits Rückstellungen für (allgemeine) Haftungsrisiken bilden, die sich aus einer Verletzung von Menschen- und Umweltrechten ergeben könnten, ginge offensichtlich zu weit.
2. Hat eine Tochterfirma eines Schweizer Konzerns hingegen in einem konkreten Fall bestimmte Menschen- und

Umweltrechte verletzt und droht daraus eine Haftungsklage, ist eine Rückstellung zu bilden, auch dann, wenn der zukünftige Mittelabfluss nur schwer abgeschätzt werden kann. Die Offenlegung einer Eventualverbindlichkeit ist hingegen kein Ersatz für die Bildung einer Rückstellung.

Quellenhinweise

Ballwieser, Wolfgang, Kommentar zu § 249 HGB Rückstellungen, in: Münchener Kommentar, hrsg. von Karsten Schmidt und Werner F. Ebke, 4. Aufl., München 2020, erscheint demnächst, S. 121-142.

Böckli, Peter, OR-Rechnungslegung, 2. Aufl., Zürich 2019.

Bundesgerichtsentscheid 2C_102/2018: herunterladbar unter www.bger.ch/ext/eurospider/live/de/php/aza/http/index.php?lang=de&type=show_document&highlight_docid=aza%3A%2F%2F15-11-2018-2C_102-2018&zoom=YES& (Stand: 3. August 2020).

Glanz, Stephan/Pfaff, Dieter, Kommentar zu Art. 961c, in: Rechnungslegung nach Obligationenrecht, veb.ch Praxiskommentar, hrsg. von Dieter Pfaff, Stephan Glanz, Thomas Stenz und Florian Zihler, 2. Aufl., Zürich 2019, S. 648-681.

Stenz, Thomas, Kommentar zu Art. 960e, in: Rechnungslegung nach Obligationenrecht, veb.ch Praxiskommentar, hrsg. von Dieter Pfaff, Stephan Glanz, Thomas Stenz und Florian Zihler, 2. Aufl., Zürich 2019, S. 578-601.

3. Die Offenlegung einer Eventualverbindlichkeit kommt allenfalls dann in Frage, wenn Hinweise nur zur allgemeinen Natur von Haftungsrisiken aus einer sich noch nicht manifestierten Verletzung von Menschen- oder Umweltrechten gemacht werden sollen. Allerdings stellt sich in diesem Fall die Frage, ob Erläuterungen im Lagebericht den Sachverhalt nicht angemessener abbilden können.

4. Der Lagebericht (und die nichtfinanzielle Berichterstattung, falls separat erfolgend) eignen sich bestens, um auf Massnahmen und Konzepte einzugehen, die der Erlangung einer zweckmässigen Sicherheit zur Erreichung der Umwelt- und Menschenrechtsziele dienen und somit geeignet sind, Haftungsrisiken aus Menschenrechts- oder Umweltverletzungen angemessen zu beschränken.

Dieter Pfaff, Prof. Dr., Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich und Vizepräsident veb.ch, dieter.pfaff@business.uzh.ch

Der Schweizer Standard für Finanzbuchhaltung●

Abacus Finanzbuchhaltung – die Software für Finanz-, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung, Kostenrechnung sowie E-Banking



abacus.ch/finanzbuchhaltung

 **ABACUS**